



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 13 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/275 - 3. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Offene Fragen in Paris Nach dem Treffen de Gaulle - Adenauer	60
3 - 4	Saragat wieder an der Spitze Rückblick auf den Parteitag der italienischen Sozialdemokraten Von unserem Korrespondenten in Rom, F. Magnani	74
5	... und sie rührten sich nicht ! Von Helmut Rohde, MdB	46
6	Mit Ausschließlichkeit ist es nicht getan Zum beabsichtigten Umbau des Parlaments	45
7	"Wandernde Büffel" "Moralische Aufrüstung" auf Propagandafahrt	34

* * *
* *

Offene Fragen in Paris

Nach dem Treffen de Gaulle - Adenauer

sp - Wie zu erwarten war, ist der Tenor der offiziellen Verlautbarungen zum Treffen de Gaulle - Adenauer wie üblich: "Völlige Übereinstimmung", "keine Meinungsverschiedenheiten" und "großer Erfolg". Versucht man jedoch, den spärlichen von deutscher und französischer Seite gegebenen Auskünften auf den Grund zu gehen, dann wird sofort ersichtlich, wie vage alles geblieben ist, das bei den Gesprächen eine Rolle gespielt hat. Nur eines ist klar - Adenauer und de Gaulle wollen, daß die Gipfelkonferenz in Paris stattfindet. Sie demonstrieren damit gemeinsam den französischen Wunsch, Frankreichs Großmachtstellung gegenüber den Teilnehmern an der Gipfelkonferenz zu unterstreichen.

Es scheint auch so zu sein, daß Adenauer und de Gaulle den Status quo in Europa für die im Augenblick beste politische Lösung der europäischen Probleme halten. Ausweichend meinte Adenauer jedoch, daß sich die Status quo-Parole hauptsächlich auf Berlin beziehe. Damit dürfte die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gleichermaßen von Adenauer und de Gaulle in einer Perspektive gesehen werden, mit der sich niemand in Deutschland abfinden kann. Daß in diesem Zusammenhang die Problematik der französischen Erklärungen zur Oder-Weiß-Linie von beiden Seiten kaum erwähnt wurde, war nicht anders zu erwarten. Wir haben es bereits vor dem Besuch des Bundeskanzlers in Paris gesagt.

Welche Rolle de Gaulle nun wirklich im Rahmen der atlantischen Verteidigung zu spielen gedenkt, ist ebenfalls unklar geblieben. In den offiziellen Verlautbarungen wird nur vorsichtig angedeutet, daß Frankreich nichts tun werde, was die atlantische Verteidigungskraft schwächen könnte. Hierbei wird bewußt verschwiegen, daß Frankreich seine Mittelmeerflotte bereits dem NATO-Oberkommando entzogen hat, die Stationierung amerikanischer Atom Bomber auf französischem Boden

ablehrte und nach wie vor 600 000 Mann in Algerien stehen hat, die damit praktisch für die atlantische Verteidigungsgemeinschaft auf dem europäischen Kontinent ausfallen.

Verschwiegen wird auch - was allgemein bekannt ist -, daß de Gaulle nicht viel von der Integration der europäischen Verteidigung hält.

Klar ist, daß Adenauer nichts gegen die französische Atombombe einzuwenden hat und auch mit einem gewissen Führungsanspruch Frankreichs in Europa und Afrika einverstanden zu sein scheint.

Als offene Fragen müssen aber alle jene Vorgänge bezeichnet werden, die in der jüngsten Vergangenheit die deutsche Öffentlichkeit beunruhigt haben. Da ist das Aufbringen deutscher Handelsschiffe durch französische Marineeinheiten, die Aktivität französischer Geheimdienste auf deutschem Boden und nicht zuletzt die Weigerung Frankreichs, mütterjährige Deutsche, die zur Fremdenlegion kommen, abzuweisen und in die Heimat zurückzuschicken.

Im Hintergrund aller dieser durchaus negativen Ergebnisse des Pariser Gesprächs steht die Bemerkung Adenauers vor der Presse, er sähe keinerlei Anzeichen für die Entspannung der politischen Lage. Damit hat er wohl deutlich machen wollen, daß er mindestens die bundesrepublikanische Politik im bisherigen Stil des Verzichts auf die Entwicklung eigener Ideen als Beitrag zur notwendigen Entspannung zwischen Ost und West weiterzuführen gedenkt. Der Bundeskanzler begibt sich damit in eine gefährliche Position. Es könnte sein, daß wir bald vor einem offenen Gegensatz zwischen der amerikanisch-englischen Haltung und dem deutsch-französischen Beharren auf einer überholten Politik stehen werden. Zum Glück sind die Dinge aber alle noch im Fluß, und erst nach der westlichen Gipfelkonferenz am 19. Dezember in Paris wird man sagen können, ob der Bundeskanzler sich weiterhin weigert, den deutschen Entspannungsbeitrag zur Ost-West-Gipfelkonferenz ins Spiel zu bringen.

3. Dezember 1959

Saragat wieder an der Spitze

Von unserem Korrespondenten in Rom, F. Magnani

Die Sozialdemokratische Partei Italiens (PSDI) hat in Rom ihren 12. Parteitag abgehalten. Die Sozialdemokratische Partei (damals "Sozialistische Arbeiterpartei" genannt) ist im Januar 1947 in Rom gegründet worden, als die Spaltung der alten Sozialistischen Partei Italiens (PSIUP) erfolgte. Unter der Führung Saragats verließ der damalige demokratische Flügel die Partei, weil die Mehrheit den Aktions- und Einheitspakt mit den Kommunisten gutgeheißen hatte. Die ganze italienische Presse hat in diesen Tagen mit großem Interesse den Parteitag der PSDI verfolgt, obschon man von vornherein die Kräfteverteilung der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei kannte und keine Überraschungen erwartet wurden.

Die Fusion der aus einer Gruppe von früheren Kommunisten gebildeten "Alleanza Socialista" hat am ersten Kongrestag offiziell stattgefunden. Es handelt sich ungefähr um 20 000 neue Mitglieder. Der Gewinn für die PSDI erscheint umso größer, wenn man bedenkt, daß im vergangenen Frühjahr fünf Abgeordnete - denen allerdings das Gros des linken Flügels nicht gefolgt ist - die Sozialdemokratische Partei verlassen haben und zu Nenni übergegangen sind. Durch den Zuwachs der "Alleanza Socialista" ist der Verlust nun wieder mehr als ausgeglichen worden.

Verschiedene europäische sozialdemokratische Parteien hatten ihre Vertreter nach Rom gesandt. Die kurze Ansprache des deutschen Vertreters, Dr. Alex Möller, wurde mit großem Interesse verfolgt. Es wurde ganz besonders jener Stelle Beifall gespendet, in der Dr. Möller erwähnte, daß die SPD das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht gewünscht habe.

In seiner ausführlichen Rede erwähnte der Parteisekretär Saragat die Gründe, weshalb die Sozialdemokratische Partei von der Mitarbeit mit einer "demokratischen Zentrums-Regierung" zunehmr abgesehen und ihre parlamentarische Unterstützung nur einer links vom Zentrum stehenden Regierung zukommen lassen müsse. Saragat führte wörtlich aus: "... Die Zentrumsregierung (gebildet aus Christlichdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern) hat wohl einzelne Probleme gelöst; doch sie vermochte nicht die Plage der Arbeitslosigkeit zu beseitigen... Wie wäre es möglich, an das Problem einer totalen wirt-

schaftlichen Erneuerung des Landes zusammen mit Kräften heranzugehen, die persönlich wohl Achtung verdienen, jedoch politisch und sozial die Ausleger der Interessen des italienischen Kapitalismus sind? Und andererseits, wie wäre es möglich, die Arbeiterklasse von verhängnisvollen frontistischen (sozial-kommunistischen) Blendwerk fernzuhalten, ohne ihr die Perspektive einer totalen Erneuerung zu bieten?"... Sich auf die Linkssozialisten Nenni beziehend, meinte Saragat: "Die theoretischen Treuebekennnisse zur Demokratie wurden jedoch durch die Praxis dementiert". Dies geschehe hauptsächlich auf gewerkschaftlichem Gebiete, wo durch die Veratändigung mit den Kommunisten, "die man zur Türe hinausgejagt, sie durch das Fenster wieder hereinkommen läßt".

Die These Saragats, die Sozialdemokraten sollten bis zu den nächsten Wahlen (ungefähr in drei Jahren) ihre Kräfte sammeln und besser organisieren und nur mit einer Regierung des linken Zentrums - wie sie unter Fanfani gebildet wurde - zusammenarbeiten, hat auf dem Parteitag mit großer Mehrheit gesiegt. Der rechte Flügel, der eigentlich die einzige wahre Opposition zu Saragat darstellt, hat bloß zehn Prozent der Stimmen erhalten. Dieser Flügel befürwortet ein Zurück zur Zentrums-Regierung auch mit den Liberalen zusammen unter der Bedingung, daß diese Regierung sich verpflichtet, ein neues wirtschaftliches und soziales Programm durchzuführen.

Der neue linke Flügel (siebzehn Prozent) betont hauptsächlich die Notwendigkeit, die Sozialistische Einheit wieder herzustellen und ist gegenüber den Nenni-Sozialisten weit weniger hermetisch abgeschlossen als die rechte Strömung oder diejenige Saragats. Die vierte Strömung (siebzehn Prozent), deren prominenteste Persönlichkeit der ehemalige Finanzminister Preti ist, übte an dem ganzen bisherigen Wirken der Partei eine scharfe Kritik aus. Sie forderte eine deutliche Charakterisierung der Partei, was das gewerkschaftliche Problem anbelangt, und ist eigentlich nicht sehr weit vom linken Flügel entfernt. Man hatte ganz allgemein noch einen Kommentar Saragats zum letzten Parteitag der SPD in Bad Godesberg erwartet. Doch dieser hat zu seinen früheren Erklärungen nichts neues hinzugefügt. Obschon Saragat (im Gegensatz zu Nenni), vom philosophischen und humanistischen Standpunkt aus gesehen, den Beschluß von Bad Godesberg durchaus teilt, ist er der Meinung, daß der "Revisionismus der SPD" nicht den italienischen Verhältnissen angepaßt werden darf noch kann. In Deutschland sei das Problem der Vollbeschäftigung praktisch gelöst und die allzu großen Unterschiede im Lebensstandard der Bevölkerung seien praktisch beseitigt worden.

... und sie rüarten sich nicht !

Von Helmut Rode, MdB

Der Bundestag hat am Mittwoch eine Lektion darüber erhalten, wie servil die Mehrheit dieses Hauses der Regierung gegenübersteht und wie wenig die Mehrheit geneigt ist, die Rechte des Parlaments zu wahren. Diese Lektion war ein negativer Beitrag zu dem vielbesprochenen Thema der Parlamentskrise. Wie ist der Tatbestand?

Der Bundesarbeitsminister hat am 6. November d. J. dem Parlament, aufgefordert durch einen Antrag der SPD, erklärt, daß 1960 endlich damit begonnen werden sollte, die Bundesschuld von 1,9 Milliarden DM an die Rentenversicherung abzubehalten. 200 Millionen DM sollten nach seinen Worten zu diesem Zweck gleichsam als erste Abzahlungsrate in den Haushaltsplan eingesetzt werden. Inzwischen hat sich diese Ministerzusage als brüchig und fragwürdig erwiesen. Aus den jetzt vorliegenden Haushaltsplänen ist nämlich zu ersehen, daß die Regierung ihre Schulden nicht in bar bezahlen, sondern den Rentenversicherungsträgern durch Gesetz Schuldbuchforderungen zuteilen will. Diese Schuldbuchforderungen können nur mit Zustimmung des Bundesfinanzministers, so heißt es, vräußert werden.

Auf diese Weise wird der Rentenversicherung die freie Verfügung über diese Mittel entzogen. Das Vorgehen des Bundes kommt also einer Zwangsanleihe gleich.

Mit der Schuldbuchpolitik haben die Sozialversicherten in Deutschland schon unselige Erfahrungen gemacht. 1953 gaben auch CDU/CSU, FDP und DP im Bundestag die Zusage, daß niemals wieder der Bundesfinanzminister mit Zwangsanleihen in die Finanzgestaltung der Rentenversicherung eingreifen dürfe und daß es ihm nicht wieder erlaubt werden sollte, auf diese Weise die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zu übergangen.

Jetzt, am 2. Dezember 1959, haben die CDU/CSU-Abgeordneten die Schuldbuchpolitik der Regierung widerspruchlos im Parlament passieren lassen. Auch der Bundesarbeitsminister hat es nicht für nötig erachtet, zu dem Vorwurf des SPD-Sprechers Stellung zu nehmen, daß vor rund 4 Wochen dem Parlament nicht die Wahrheit über die Absichten der Regierung gesagt worden ist. Der Antrag der SPD, im sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages noch einmal - und zwar unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen - über die Bundesschuld gegenüber den Sozialversicherten von rd. 1,9 Milliarden DM zu sprechen, wurde von der CDU niedergestimmt. Diese Ablehnung ist sowohl aus parlamentarischen Gründen schlecht, weil damit die Regierung von der Pflicht zur Rechenschaft befreit worden ist - sie ist auch sachlich schlecht, weil hier die gesetzlich verordnete Schuldbuchpolitik trotz früherer Beteuerungen der Regierungsparteien wiedereingeführt werden soll.

So läßt sich das Selbstbewußtsein des Parlaments nicht stärken. Im Gegenteil! Krisenerscheinungen des Parlaments können nur zum Teil durch äußere Mittel, wie Seilumbaue usw., eingeschränkt werden. Im Kern sind sie mit dem Innenarchitekten nicht zu reparieren. Das muß das Parlament selber tun.

Mit Ausserlichkeiten ist es nicht getan

sp - Mit den baulichen Veränderungen im Bundestaggebäude scheint es nun ernst zu werden. Sie sollen unter dem Stichwort "Parlamentsreform" erfolgen. Darüber geht schon seit zwei Jahren die Diskussion. Sie wurde ausgelöst durch den Wunsch, den Sitzungen des Bundestages mehr Farbe, Lebendigkeit und besseren Stil zu geben. Man glaubt dies zu erreichen durch eine nach dem Muster des britischen Unterhauses eingeführte neue Sitzordnung, bei der die Abgeordneten sich, säuberlich eingeteilt in Regierung und Opposition, gegenübersetzen und damit die Möglichkeit erhalten, vom Platze aus zu antworten. Anderen Abgeordneten schweht, da aus den Reihen der FDP gegen eine solche Neuverteilung der Sitze Protest erhoben wurde - sie käme, ach wie schrecklich, an der Seite der SPD zu sitzen - eine Anordnung der Abgeordnetenbänke gleich dem Amphitheater vor. Das entspricht dem Vorbild der französischen Kammer und des amerikanischen Repräsentantenhauses.

Es soll nur ein Kompromiss zwischen diesen beiden Möglichkeiten gefunden worden sein. Das Modell für den neuen Plenarsaal, gewissermassen Staatsgeheimnis, liegt unter Verschluss bei dem Präsidenten des Bundestages, Eugen Gerstenmaier. Das Geheimnis dürfte wohl nicht zu lange bewahrt bleiben, denn der Neu- oder Umbau soll schon in der Sommerpause des nächsten Jahres erfolgen. Die viel zitierte Parlamentsreform wäre dann Wirklichkeit und ein neuer Meilenstein auf dem Wege der Vervollkommnung des bundesrepublikanischen Parlamentarismus errichtet.

Aber - wäre er das wirklich? Dass der parlamentarische Stil, wie er sich unter der zehnjährigen Kanzlerschaft Adenauers in der Bundesrepublik entwickelte, grossen Mangel hat, ist wohl unbestritten; das liegt jedoch nicht an der baulichen Inneneinrichtung des Bundestages. Es ist der Geist, der die Atmosphäre bestimmt, nicht die Sitzordnung. Die geplante Parlamentsreform gelte an Ausserlichkeiten haften, ist sie nicht begleitet von einem gründlichen Wandel in den Beziehungen zwischen Regierung und Parlament, zwischen Regierungsmehrheit und parlamentarischer Opposition. Der Bundestag entwürdigt sich selbst, lässt er sich, wie es so oft geschieht, auf Wunsch des Kanzlers und mit Hilfe der absoluten CDU-Mehrheit, zur blossen Gesetzes- und Abstimmungsmaschine degradieren oder duldet, dass der Chef der grössten Regierungspartei sich in souveräner Missachtung parlamentarischer Sitten in Schweigen hüllt, wo er reden müsste, oder der gleiche Mann es nicht für nötig erachtet, der Vereidigung eines neuen Ministers beizuwohnen. Mancher Bundesminister folgt diesem unruhmlichen Beispiel, ja, sucht den Bundeskanzler noch zu übertreffen.

Was unserem Bundestag fehlt, ist mehr Würde, Selbstbewusstsein und Besinnung auf seine eigentliche Aufgabe - Kontrollorgan der Regierung zu sein. Die bestehenden Mehrheitsverhältnisse schliessen leider eine Reform in dieser Richtung aus.

"Wandernde Büffel"

FB. - Die sogenannte "Moralische Aufrüstung" ist in der letzten Zeit in der Bundesrepublik wieder recht aktiv geworden. Angebliche Bergleute spielten Theater, und in den letzten Tagen ist ein ganz besonderes Dekorationsstück der 88-jährige Sioux-Häuptling "Wandernder Büffel". Mit, so heißt es, echtem Federschmuck und zwei Neffen besuchte er die Dortmunder Bergbau A.G., weil sie seit Jahr und Tag den Gedanken der moralischen Aufrüstung gefördert habe, und auch im Bonner Bundestag machte er seine Aufwartung, konnte aber leider den Bundeskanzler nicht sehen, obwohl dieser von einer seiner letzten Amerikareisen ebenfalls den Ehrentitel eines Indianerhäuptlings mit nach Bonn gebracht hat.

Der "Wandernde Büffel" ist 88 Jahre alt, und offensichtlich hat sein Gedächtnis gelitten. In Dortmund verkündete er nämlich stolz, daß er schon vor 25 Jahren den Begründer der "Moralischen Aufrüstung", Dr. Frank Buchmann, zum Blutsbruder seines Stammes erhoben und ihm den indianischen Namen "Großes Licht in der Finsternis" verliehen habe. Das mag stimmen, aber das mit der "Moralischen Aufrüstung" geht schief. Die "Moralische Aufrüstung" wurde nämlich erst 1939 und nicht 1934 so getauft. 1934 war Dr. Frank Buchmann nämlich noch Leiter der sogenannten Oxford-Bewegung, und diese Oxford-Bewegung und vor allem Dr. Frank Buchmann haben während dieser Zeit nicht moralisch aufrüstet, sondern höchstens abgerüstet, denn sie waren eifrige Propagandisten von Adolf Hitler, vor allem 1934 in Freudenstadt, und es gibt noch heute schöne Bilder, die Dr. Buchmann im trauten Verein mit Adolf Hitler zeigen. Man kann auch im "World-Telegram" vom 26. August 1936 nachlesen, daß Dr. Buchmann damals sagte: "Hitler oder ein anderer faschistischer Führer, der von Gott beeinflusst ist, könnte diese Welt retten".

Offensichtlich hat der "Wandernde Büffel" den Ehrentitel "Großes Licht in der Finsternis" verliehen, als er diese Epoche von Dr. Buchmann erlebte. Für sein Wirken für die Demokratie oder die Freiheit jedenfalls hat er keine Ehrentitel zu dieser Zeit verdient.

Aber eigentlich ist das Thema zu ernst, um darüber zu scherzen. Der deutschen Demokratie wäre besser gedient, wenn sie von solchen "Wandernden Büffeln" verschont bleiben würde; von dieser Sorte haben wir genug im eigenen Lande.

Verantwortlich: Günter Markscheffel